

IHK-Präsident Dr. Kleier fordert Überwindung des Reformstaus

Eurochambres-Präsident Dr. Christoph Leitl Gastredner beim Neujahrsempfang

In einer kämpferischen Ansprache auf dem traditionellen Neujahrsempfang der Niederrheinischen IHK forderte Präsident Dr. Ulrich Kleier bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zur schnellstmöglichen Überwindung des Reformstaus auf Bundesebene und in der Region Niederrhein.

Konjunktur

Vor über 700 Gästen im Duisburger Theater am Marienort, das als Veranstaltungsort ein stimmungsvolles Ambiente abgab, beklagte Kleier die drastischen Auswirkungen mangelnder Reformbereitschaft: „Die Bundesrepublik ist in Europa inzwischen vom Vorreiter zum Schluss-

licht, von der Lokomotive zum Bremsen geworden.“ Diesen Trend verdeutlichten auch die Daten für das Jahr 2002 in erschreckender Deutlichkeit. „Ein Wachstum von 0,2 Prozent verdient seinen Namen nicht, eine Rezession wurde nur durch den Export vermieden, und die Prognosen für 2003 werden nahezu wöchentlich nach unten korrigiert“, zog der IHK-Präsident eine pessimistische Bilanz.

In diese besorgniserregende Entwicklung sei auch die Region Niederrhein voll eingebunden. Die konjunkturelle Abwärtsbewegung habe sich im vergangenen Jahr auch im Kammerbezirk bis heute spürbar fortgesetzt. Diese Tendenz gehe eindeutig aus der aktuellen Umfrage der Kammer bei ihren Mitgliedsunternehmen hervor. „Danach ist ein schnelles Ende der wirtschaftlichen Flaute nicht in Sicht“, prognostizierte Kleier.

Sozial- und Finanzpolitik

Über die konjunkturellen Schwierigkeiten hinaus stehe die Bundesrepublik vor ernsthaften und tiefgreifenden strukturellen Umbrüchen in der Sozial- und Finanzpolitik. Vor diesem Hintergrund appellierte Kleier eindringlich an die politischen Entscheidungsträger, die notwendigen Reformen konsequent auf den Weg zu bringen:

- Reform des Sozialstaats an Haupt und Gliedern
- Vermeidung dauerhafter finanzieller Handlungsunfähigkeit des Staates auf allen Ebenen
- Schaffung und Wiederherstellung langfristiger angelegter Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung sowie eine
- Dynamisierung des völlig erstarrten Arbeitsmarktes.

Trotz dieser schwerwiegenden Probleme warnte Kleier jedoch vor Verzweiflung und Verzweiflung: „Was wir uns nicht leisten können, sind abwartendes Nichtstun, planloser Aktionismus oder gar vorsätzliche Schritte in die falsche Richtung.“

Steuerpolitik

In der Steuerpolitik seien die Wege aus der Krise mit einer deutlichen Senkung der Abgaben sowie einer drastischen Steuervereinfachung zur Ankurbelung der Wachs-



IHK-Präsident Dr. Ulrich F. Kleier bei seiner Begrüßungsansprache.

tumskräfte zwar bekannt. „Was wir jedoch im letzten Jahr und insbesondere nach der Bundestagswahl auf diesem Feld an politischen Diskussionen und Beschlüssen erlebt haben, war das genaue Gegenteil davon“, beklagte Kleier. „Das Chaos täglich neuer Forderungen und Ankündigungen, welche Steuern zu erhöhen, wieder einzuführen oder neu zu schaffen seien, war nicht mehr zu überbieten“, schonte Kleier nicht mit seiner Kritik an den politischen Entscheidungsträgern. Auf diesem Gebiet sei gerade bei mittelständischen Unternehmen viel Vertrauen verspielt worden.

Mittelstandspolitik

Mit Blick auf eine zielorientierte Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen forderte Kleier: „Der Mittelstand braucht nicht ständig neue Förderprogramme, von denen es ohnehin schon zu viele gibt und die keine nachhaltigen Wirkungen entfalten.“ Solch unbedachte Aktionen ordnete der IHK-Präsident in die Kategorie eines blinden „Aktionismus“ ein. „Kleine und mittlere Unternehmen brauchen kein Kapital für Arbeit, sondern Steuersätze, mit denen sie ihr Eigenkapital stärken können. Vor allem brauchen mittelständische Unternehmen einen Arbeitsmarkt, in dem sie flexibel auf wirtschaftliche Veränderungen reagieren können“, rückte Kleier die Verhältnisse zur Schaffung besserer ökonomischer Rahmenbedingungen zurecht. Eine solche Politik werde auch so manchen Ruf aus der Wirtschaft nach öffentlichen Subventionen von selbst verstummen lassen.

Haushaltsslage

Unter starkem Vorbehalt betrachtete Kleier die Versuche der Politik zur Überwindung der desolaten Haushaltslage bei Bund, Ländern und Gemeinden. Geringere Steuereinnahmen hätten eigentlich zu entsprechenden Einschnitten auf der Ausgabe Seite führen müssen. Stattdessen sei wieder einmal nach dem Motto „Einnahmeverbesserungen sind leichter durchzusetzen als Ausgabekürzungen“ verfahren worden, zeigte sich Kleier enttäuscht.

Ausbildung

Mit Besorgnis blickte der IHK-Präsident auch auf den Ausbildungsmarkt: „Nach vielen Jahren stetigen Anstiegs ist die Zahl der in Industrie, Handel und Dienstleistungen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im vergangenen Jahr erstmals wieder gesunken“, konstatierte Kleier. Viele Unternehmen könnten in der schwierigen konjunkturellen Situation die Ausbildungszahl nicht halten, geschweige denn über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden. Dabei hinterlasse die wachsende Zahl von Unternehmensinsolvenzen deutliche Spuren.

Immerhin, so Kleier, falle der Rückgang der Ausbildungszahlen am Niederrhein mit einem Minus von 5,7 Prozent deutlich geringer aus als im Landesdurchschnitt (8,5 Prozent) oder im bundesweiten Vergleich (7,1 Prozent). „Trotz der schwierigen Situation auf dem Ausbildungsmarkt wurde im Kammerbezirk das Ziel, jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot zu unterbreiten,

wieder erreicht. Dafür möchte ich den Ausbildungsbetrieben in der Region an dieser Stelle ausdrücklich danken“, lobte der IHK-Präsident das vorbildliche Engagement der Unternehmer am Niederrhein in Sachen Ausbildung. Zusätzliche Reglementierungen wie die immer wieder geforderten Ausbildungsplatzabgaben bezeichnete Kleier als kontraproduktiv. „Deshalb darf auch die beabsichtigte Novellierung des Berufsbildungsgesetzes nicht zu mehr Regulierung und Bürokratisierung führen“, forderte der IHK-Präsident.

Initiative Schule – Wirtschaft

Ein geglücktes Experiment, Schülern das notwendige Rüstzeug für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben zu vermitteln, sei die von der Niederrheinischen IHK ins Leben gerufene „Initiative Schule-Wirtschaft“ (ISW), die die Kammer jährlich mit 100 000 Euro ausstattet. Im Zentrum der erfolgreich gestarteten Initiative stehen die Vermittlung von Partnerschaften zwischen allgemeinbildenden Schulen und Unternehmen der Region sowie wirtschaftsorientierte Qualifizierungsangebote für Schüler und Lehrer.

Demographische Entwicklung

Als eine der größten Herausforderungen für Gesellschaft und Wirtschaft im Ruhrgebiet und am Niederrhein bezeichnete Kleier die demographische Entwicklung dieses Raumes, der – mit einem zeitlichen Vorlauf von 25 Jahren gegenüber dem übrigen Bundesgebiet – einem dramatischen Schrumpfungprozess ausgesetzt sei.



Zum traditionellen Neujahrsempfang kamen mehr als 700 Gäste aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Wissenschaft.



Beherrzter Vortrag: Gastredner Dr. Christoph Leitl sprach sich für ein Europa mit regionaler Identität aus.



Trio mit Herz für die Region Niederrhein (v. l. n. r.): IHK-Hauptgeschäftsführer Hans-Jürgen Reitzig mit Gastredner Dr. Christoph Leitl und IHK-Präsident Dr. Ulrich F. Kleier. Fotos: Judith Wagner

„Das Ruhrgebiet wird bereits bis zum Jahr 2015 schätzungsweise die Bevölkerung einer Großstadt wie Bochum verlieren“, prognostizierte Kleier. Selbst eine massive Ausweitung der Zuwanderung aus dem Ausland würde – abgesehen von verstärkten Integrationsproblemen – diesen Prozess allfalls verlangsamen.

Die Region müsse sich auf diese Entwicklung rechtzeitig einstellen, die mit enormen Veränderungen für die Kommunen und die regionale Wirtschaftspolitik verbunden sei. „Die Stadt Duisburg wird massiv schrumpfen und demnächst voraussichtlich nicht mehr zu den zwölf deutschen Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern zählen“, warnte Kleier. Weniger dramatisch sei die Lage im Kreis Wesel, dessen Bevölkerungszahl weitgehend stagniere, und im Kreis Kleve, der zu den Wachstumsregionen zähle.

Die Kammer werde vor diesem Hintergrund noch in diesem Jahr eine Konferenz mit Vertretern der Städte und Gemeinden am Niederrhein durchführen, um dieser Problematik im Gespräch mit Verantwortlichen und Betroffenen konkrete Lösungsvorschläge entgegenzusetzen, kündigte Kleier an.

Handel & Stadtentwicklung

In enge Verbindung zur demographischen Entwicklung stellte Kleier die signifikanten Kaufkraftrückgänge im Handel. Die städtebaulichen Folgen für umstrittene

Planungen von Einzelhandelszentren müssten im Zuge sinkender Bevölkerungszahlen im Vorfeld sorgfältig abgewogen werden. Kleier: „Der ruinöse Flächenwettbewerb zwischen Städten und Gemeinden nutzt niemandem.“ Das regionale Einzelhandelskonzept westliches Ruhrgebiet, das zur Zeit durch die Bezirksregierung Düsseldorf gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern sowie den Städten und Gemeinden erarbeitet werde, zeige schon jetzt erhebliche Überhänge von Verkaufsflächen. „Es kommt darauf an, die Entwicklung von städtebaulichen Großprojekten an nicht geeigneten Standorten zu vermeiden und Alternativen aufzuzeigen“, betonte Kleier mit Blick auf umstrittene Bauvorhaben in Duisburg, Moers und Kleve.

Kulturförderung

Alternativen seien, so Kleier, ebenfalls dringend gefragt, wenn es um die Attraktivitätssteigerung von Innenstädten im Sinne eines verbesserten Angebots erlebnisorientierter Aktivitäten und kultureller Highlights gehe. „Wir werden hier in Zukunft ohne privates, unternehmerisches und institutionelles Engagement nicht auskommen“, prophezeite der IHK-Präsident. In diesen Kontext sei auch das Engagement der Niederrheinischen IHK bei der Initiierung der „Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum“ einzuordnen. „Unsere Kammer ist mit gutem Beispiel vorangegangen und hat mit einer von der Vollversammlung ge-

billigten Zwischenfinanzierung dazu beigetragen, dass die Arbeit des Museums zukunftsfähig gemacht wird.“ Dabei sprach er unter dem Beifall des Publikums IHK-Hauptgeschäftsführer Hans-Jürgen Reitzig seinen Dank aus, der sich in besonderer Weise für die Belange der Stiftung eingesetzt habe.

Verkehr & Logistik

Ausdrücklich begrüßte Präsident Kleier den definitiven Startschuss für den Airport Niederrhein mit den Worten: „Wer nach oben will, muss fliegen können“. Vom ehemaligen Militärflughafen werden ab dem 1. Mai Maschinen der irischen Fluggesellschaft Ryanair abheben und nach Schätzungen bereits im ersten Betriebsjahr über 200 000 Passagiere Richtung London befördern. „Der Flughafen kann seine enormen Potenziale für die Region aber nur dann vollständig entfalten, wenn auch die landseitige Verkehrsanbindung den Anforderungen standhält“, schränkte Kleier ein. Unter diesem Vorzeichen habe die Niederrheinische IHK frühzeitig gemeinsam mit ihrer Partnerkammer in Arnheim und dem Kreis Kleve eine Untersuchung zur Optimierung der Verkehrsanbindung des Airports initiiert, deren Ergebnisse noch im Laufe dieses Jahres vorliegen sollen.

Für eine zügige Realisierung des Metro-rapids als ein weiteres logistisches Leuchtturm-Projekt der Region forderte Kleier grünes Licht von der Düsseldorfer Landesregierung: „Es sollte alles daran gesetzt werden, dass dieses Technologie-Projekt endlich auf die Schiene kommt“, postulierte Kleier unter dem Beifall des Publikums.

Europapolitik

Großen Anklang fand auch die Ansprache des Gastredners Dr. Christoph Leitl, der als Eurochambres-Präsident ein viel beachtetes Plädoyer für ein vereintes Europa hielt, das sich gerade im Zeitalter der Globalisierung auf seine Wurzeln in den jeweiligen Teilregionen besinnen solle. „Die Kraft Europas ist in seinen Regionen verankert“, betonte Leitl.

Im Einklang mit seinem Vorredner forderte Leitl eine zügige Überwindung des Reformstaus in Deutschland: „Die deutsche Konjunktur-Lokomotive steht derzeit mit Achsbruch in der Garage. Es ist längst

an der Zeit, eine neue Achse zu bauen, damit wir die Lokomotive wieder in Schwung bringen“, gab Leitl die Stoßrichtung für eine zukünftige Gestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik bildlich vor. Bei der Umsetzung von fortschrittlichen Konzep-

ten dürfe sich die Wirtschaft allerdings nicht zu stark an der Politik ausrichten: „Wenn die Politik Pause macht, hat das der Wirtschaft selten geschadet“, resümierte Leitl in seinem Schlusswort, bevor sich die Gäste zu einem ungezwungenen Gedan-

ken austausch im Foyer des Theaters am Marienort einfanden, wo bis zur Fertigstellung der neuen Mercatorhalle in den kommenden Jahren der traditionsreiche Neujahrsempfang der Niederrheinischen IHK stattfinden wird. mavo ■

Bevölkerung des Ruhrgebiets schrumpft dramatisch

Niederrheinische IHK warnt vor gravierenden Auswirkungen

Einstimmig verabschiedete Resolution der Vollversammlung der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel-Kleve zu Duisburg in ihrer Sitzung vom 11. Dezember 2002:

„Umfang und Struktur der Bevölkerung unterliegen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten dramatischen Veränderungen. Dieser Trend betrifft die gesamte Bundesrepublik, das Land Nordrhein-Westfalen und insbesondere das Ruhrgebiet. Die Auswirkungen auf den Niederrhein und die Wirtschaft der Region sind gravierend.

Nach Prognosen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik sowie Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) wird das Ruhrgebiet bereits bis zum Jahr 2015 sieben Prozent seiner derzeitigen Bevölkerung verlieren. Das entspricht einer Großstadt von 375 000 Einwohnern wie beispielsweise Bochum. Damit einher geht eine gravierende Änderung der Altersstruktur. So wird sich die Zahl der Erwerbsfähigen schon in den nächsten Jahren noch stärker verringern als die Gesamtbevölkerung. Der Anteil der Älteren an den Erwerbsfähigen und der Gesamtbevölkerung wird kontinuierlich steigen. Weder eine drastische Erhöhung der Geburtenrate, mit der im Übrigen auch nicht zu rechnen ist, noch die in den nächsten Jahren zu erwartende deutlich steigende Zuwanderung aus dem Ausland könnten daran nachhaltig etwas ändern.

Altersstrukturell läuft das Ruhrgebiet der Bundesrepublik um etwa 25 Jahre voraus. In Deutschland wird sich etwa im Jahr 2050 der Altersaufbau der Bevölkerung völlig umgekehrt haben: Waren 1950 etwa doppelt so viele Menschen unter 20 wie über 60 Jahre alt, so wird es in fünfzig Jahren mehr als doppelt so viele ältere wie jüngere Einwohner geben.

In den Teilregionen des Kammerbezirks entwickelt sich die Bevölkerungszahl bis 2015 durchaus unterschiedlich: Auf der Basis des Jahres 1998 wird die Einwohnerzahl der Stadt Duisburg voraussichtlich um rund 40 000 (7,4 Prozent) auf 490 000 schrumpfen, während der Kreis Wesel noch um 1,5 Prozent (+ 7 000) und der Kreis Kleve sogar um 7 Prozent (+ 20 000) wachsen werden. Überall nimmt der Anteil der Älteren deutlich zu.

Diese Gesamtentwicklung und die strukturellen Unterschiede zwischen den Teilregionen am Niederrhein und im überregionalen Vergleich sind mehr als bisher bei allen regionalpolitischen Überlegungen zu berücksichtigen. Eine schrumpfende Bevölkerung, die Veränderung der Altersstruktur und ein zunehmender Ausländeranteil haben zentrale Auswirkungen auf die Region. Diese bestehen im Wesentlichen in

- einem erheblichen Verlust an Kaufkraft – für das Ruhrgebiet beläuft sich die Prognose des RWI auf 6,1 bis 7,2 Milliarden Euro im Jahr 2015 – mit entsprechenden Herausforderungen für konsumnahe Wirtschaftsbereiche wie Einzelhandel, Gastronomie, Tourismus,

- Veränderungen der Wirtschaftsstruktur, vor allem im Dienstleistungsbereich,
- Veränderungen in der Nachfrage nach Immobilien und entsprechenden Rückwirkungen auf Bau- und Immobilienwirtschaft,
- veränderten Anforderungen an den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur,
- einem sinkenden Angebot an Arbeitskräften,
- einem zunehmenden Mangel an Fachkräften,
- einer veränderten Inanspruchnahme von Bildungsinstitutionen,
- steigenden Gesundheitsausgaben und einer veränderten Auslastung der Gesundheitseinrichtungen,
- einer weiteren Verschärfung der finanziellen Situation vieler Gebietskörperschaften,
- einer veränderten Ausrichtung der regionalen Wirtschaftsförderung,
- einer zunehmenden sozialräumlichen Polarisierung in bestimmten Kommunen und Stadtteilen bei steigenden Ausländeranteilen sowie entsprechenden Anforderungen an die Integrationspolitik.

Die Vollversammlung der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer appelliert an alle Verantwortlichen und Betroffenen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Öffentlichkeit, sich auf diese Herausforderungen rechtzeitig einzustellen und zielgerichtete Strategien zu ihrer Bewältigung zu entwickeln.

Die Kammer wird im Jahr 2003 eine Konferenz mit den Vertretern der Städte und Gemeinden am Niederrhein durchführen und gemeinsam Ansatzpunkte für die Gewinnung von Zukunftsperspektiven erörtern.“ ■